

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die «revolutionären» Zionismus-Feinde nach der Ermordung Sadats

Triumph am Grabe

Zur Friedenspolitik von Sadat, so hört man nach seiner Ermordung allenthalben, müsse es bessere Alternativen geben. Von Modalitäten mal abgesehen: Die «Alternativen» sind schon da, und tun sich unmissverständlich kund.

Acht Jahre nach seinem Feldzug gegen Israel und vier Jahre nach seinem friedensbringenden Besuch in Jerusalem ist Anwar Sadat ermordet worden. Er hat wahrhaftig den Frieden gewagt mit seinem Versuch, die Verhältnisse zwischen Israel und Aegypten zu normalisieren, sie von Obskurantismus und Völkerhass zu befreien. Dabei zog er sich selbst Hass zu, tödlichen Hass.

Das Attentat war soweit das Werk ägyptischer Terroristen:

— Die Ausübung lag bei einer kleinen, aber äusserst fanatischen Splittergruppe der Muslimbruderschaft Takfir wal Higra.

— Der geistige und politische Drahtzieher ist General Saad ed din Schaasli, der Möchtegern-Diktator Aegyptens.

— Eine Expertenberatung durch das sowjetische KGB wäre logisch, denn der von Sadat eingeleitete Friedensprozess lief den sowjetischen Interessen zuwider.

Aber es ist die Runde der ausserägyptischen Triumphtoren, welche die weitere Konstellation offenbart.

— Der libysche Diktator Ghadafi hat den Mord als Siegesfest feiern lassen. In seiner Festrede unmittelbar nach dem Attentat legte er dar, nunmehr sei das Todesurteil vollstreckt, das ein libyscher Volksgerichtshof schon 1977 über den «Verräter Sadat» verhängt habe.

— Mit spontanem und öffentlichem Jubel reagiert haben auch der syrische Diktator Assad und der PLO-Chef Arafat.

— Der Ayatollah Khomeiny hat das Ende von Sadat begrüsst und die Bevölkerung Aegyptens zur islamischen Revolution nach iranischem Vorbild aufgerufen.

Diese henkergestützten Machthaber hoffen auf ein Machtvakuum nach Sadats Tod, und sie sind durchaus gewillt, es nach Sadats Tod herbeizuführen.

In ihrem Visier haben sie auch den Sudan und dessen Staatspräsidenten. Der Geheimdienstchef der PLO, Abu Iyad, hat schon ausgerufen: «Heute Sadat, morgen Numeiri.» Der Terror gehört zu ihrer offenen Politik, und ihre Einladung, sich mit ihnen zu einigen, wird von offener terroristischer Einschüchterung begleitet. Der Mord gehört zu ihrem Job, der Mord im Dienste der Friedensverhinderung.

Und was ist das Mandat dieser «revolutionären» Herrscher? Sie behaupten ihre Macht durch Unterdrückung in «ihren» Ländern.

— Das Obristenregime Ghadafi unterhält für die Oppositionellen nicht nur Gefängnisse, sondern auch Folterkammern. Und bloss Andersdenkende werden schon zu den Oppositionellen gezählt. Seine Feinde lässt Ghadafi auch im Ausland ermorden und brüstet sich damit vor der Weltöffentlichkeit.

— Assad lässt offene Städte und Siedlungen im quasi annektierten Libanon mit Bomben belegen. Die Massenhinrichtungen von Sunniten gehören zum Alltag des sozialistischen Baath-Regimes.

— Der Ayatollah Khomeiny rotet die Opposition regelrecht aus. Sogar zwölfjährige Kinder werden vor die Exekutionskommandos gestellt und hingerichtet.

Diesen Herrschern nun war Sadats Friedenspolitik direkt gefährlich. Der Frieden mit Israel würde ihnen ein wichtiges Mittel ihrer Herrschaft entziehen, denn sie müssen die Gefühle

der Bevölkerung auf den Erbfeind lenken, die Wut abschöpfen. Deshalb brauchen sie die kriegerische Aufhetzung der Volksmassen, die Appelle an religiösen Fanatismus und an völkischen Hass auf Juden und Europäer. Das wird als Kampf gegen «Imperialismus», «Zionismus» und andere Feinde in ideologisch akzeptierbaren Kategorien deklariert, wenigstens nach aussen. Es geht hier auch nicht um momentane Exzesse, sondern um Konstanten der «Revolution» à la Ghadafi, Assad und Khomeiny.

Diese Art von revolutionärer Betätigung wird durch den aktiven Einsatz der sowjetischen Grossmacht gefördert und findet unter dem Applaus der «progressiven Linken» Europas statt. Viele, die hier militant an Friedenskundgebungen marschieren, finden, dass es wichtigere Dinge gibt als den Frieden, sobald es um den Nahost-Frieden geht.

Und neben jenen, die mit den ghadafesken Revolutionen sympathisieren, gibt es die andern, die sich mit ihnen und ihren Protektoren arrangieren wollen. Die amerikanischen Bemühungen um den Frieden zwischen Israel und Aegypten sind in Europa schon seit langem zunehmend desavouiert worden, zum Teil aus dem nicht so ungelenkten antiamerikanischen Reflex, zum Teil in Rücksicht auf Lieferantenwünsche und wohl auch aus dem Bedürfnis nach der schlechten alten Anpassung. Dieses Verhalten hat Sadats Möglichkeiten, zum Frieden zu gelangen, auch nicht eben gestärkt.

Sadats Friedenspolitik ist von der einen Seite angefeindet und von der andern Seite deshalb angezweifelt worden. Was ist die Alternative zum Frieden in Nahost? Für die Araber, für die Juden und für uns?

Kubaner stärken «Defensive»

Die Sowjetunion hat den Kubanern innerhalb der ersten acht Monate dieses Jahres allein mehr Militärmaterial geliefert als zuvor in irgend einem ganzen Jahr seit 1962, dem Jahr also der dramatischen kubanischen «Raketekrise». Unter anderm hat die kubanische Marine mit einem U-Boot-Jäger (2100 Tonnen) der Koni-Klasse ihre bisher modernste Flotteneinheit erhalten, aber das auffälligste Merkmal der jetzigen Rüstungshilfe ist ihre grosse quantitative Zunahme (46 000 Tonnen Kriegsmaterial von Januar bis August 1981 gegenüber 20 000 Tonnen für das volle Jahr 1980).

Diese Angaben aus amtlichen amerikanischen Quellen sind nicht auf einen propagandistischen Effekt angelegt, denn man hat sie in Washington selbst eher unterspielt. Dort billigt man dem Castro-Regime zu, dass es sich durch den härteren Kurs der Reagan-Administration bedroht gefühlt haben mochte und deshalb die Sowjetunion zu stärkerem militärischem Beistand verpflichten wollte.

Castro selbst hatte sich zweifellos in diesem Sinne geäussert, als er im Februar vor dem sowjetischen Parteikongress sagte, Reagan und seine Leute suchten das sozialistische Kuba zu vernichten, aber dank der vollen sowjetischen Unterstützung für die kubanische Revolution seien die imperialistischen Pläne zum Scheitern verurteilt. Breschnew seinerseits hat Kuba die sowjetische Hilfe «im Kampf um den Schutz seiner Souveränität» zugesichert.

Die Frage ist bloss, weshalb man aus solchen Reden auf ein sozusagen vergrössertes Sicherheitsbedürfnis der Kubaner schliessen sollte, auf ein grundlegend defensives Verhalten. Als ob andernfalls Castro und Breschnew verkünden würden, Kuba müsse zwecks militärischer Expansion aufgerüstet werden.

Schliesslich droht der kubanischen Insel keine amerikanische Militärintervention. In den USA wäre man schon glücklich genug, wenn man wüsste, wie man der laufend verstärkten Militär- und Waffenpräsenz der Kubaner in den karibischen Unruhegebieten begegnen könnte. Das kubanische «Verteidigungsbedürfnis» wird sehr frisch offensiv umgesetzt.

Kuba ist in der Tat seit Jahren ein Umschlagplatz für sowjetische Waffen, die ihren Weg in die nähere und weitere und weite Umgebung nehmen. Samt Experten und Militärs, die man befreundeten Regimes oder Guerillaorganisationen zur Verfügung stellt. Was bedeutet es also,

wenn die sowjetischen Waffenlieferungen an Kuba eine starke Steigerung erfahren? Dreimal darf man raten.

Das ist der «Souveränitätsschutz», den die Sowjets den Kubanern so besorgt gewähren: der Schutz für die kubanische Stellvertreteroffensive, die noch stärker in Gang kommen soll. Die Sowjetunion hat die kubanischen Streitkräfte seit der Mitte der siebziger Jahre verstärkt ausgerüstet, in schöner Parallele zum verstärkten Beitrag, den die kubanischen Ueberseekorps im Interesse der sowjetischen Eroberungspolitik zu leisten hatten. Diese Militärpräsenz braucht Waffen. Und noch mehr Waffen erhält Kuba, weil es noch mehr Waffen braucht. Zum laufenden Gebrauch. ■

Der zehnte Rubel im Familienbudget

Am 15. September dieses Jahres hat man in der Sowjetunion die Preise für Rauchwaren und alkoholische Getränke um 17 bis 27 Prozent erhöht. Das wird vielleicht den Konsum dämpfen und sicher die staatlichen Einkünfte aus dem Verkauf dieser Produkte erhöhen.

Auf jeden Fall wird von diesem Entscheid ein erheblicher Anteil der Bevölkerung betroffen.

Laut Schätzungen des Gesundheitsministeriums gehören in der Sowjetunion je nach Gebieten 56,9 bis 75,7 Prozent der Männer und 26,6 bis 49,1 Prozent der Frauen zu den Rauchern. 1979 verkaufte man für 4,339 Milliarden Rubel Tabakwaren.

Die entsprechenden absoluten Zahlen sind für den Alkoholverkauf nicht erhältlich, wenigstens nicht öffentlich. Sie müssen enorm sein. Aber die relativen Zahlen sind eindrücklich genug.

Im Juni 1980 legte die Allunionskonferenz über Probleme kommunistischer Erziehung einige diesbezügliche (d. h. bezüglich Alkohol, nicht bezüglich kommunistische Erziehung) Berechnungen vor. Demnach wird durchschnittlich jeder zehnte Rubel eines Familienbudgets für Alkohol ausgegeben. Und in ländlichen Gebieten gar braucht man dazu fast 30 Prozent des Familieneinkommens. Mit den polizeilichen Ausnüchterungsstationen machen 12 bis 15 Prozent der Erwachsenen einschlägige Bekanntschaft. (Was manchen Polizisten eine gute Gelegenheit zu einem kleinen Nebenverdienst bietet. Denn ein Betrunkener kann ja nicht wissen, was er alles wo immer aus seinen Taschen verloren hat.)

Dem Preisaufschlag waren in der Sowjetpresse zahlreiche Leserbriefe vorausgegangen. Die Einsender verlangten, dass man endlich gegen Trunkenbolde und zigarettenrauchende Luftverpester etwas Wirksames tun müsse. Es gab Vorschläge, die betreffenden Waren zu rationieren oder gar zu verbieten. Und daneben Ratschläge zur Behandlung von Alkoholikern. Phantasielose Einsender regten einige Jahre Arbeitslager an, andere, schon romantischer, die Deportation auf eine entfernte Insel. (Aber das ist unrealistisch: Was die Sowjetunion an fernen Inseln unter ihre Kontrolle nimmt, braucht sie doch zur guten

Einrichtung ihrer Aussenverteidigung des bedrohten Vaterlandes.) Auch die Methoden des Ayatollah Khomeiny haben in diesem Zusammenhang spontanen Anklang gefunden. Wie die Zeitschrift «Nasch Sowremennik» berichtet, gab es auf einer politischen Versammlung mächtig Applaus, als der Referent berichtete, im Iran gebe es für Trunkenheit in der Öffentlichkeit 60 Stockschläge. «Nachmachen!» forderten Zuerufe aus dem Publikum.

Nun kostet ein Päckchen Zigaretten zwischen 1.50 und 2 Rubel, und die Getränke haben auch aufgeschlagen. Man vernimmt aus der Presse unter anderem auch die Befürchtung, dass die Preiserhöhung den Konsumenten lediglich dazu bringe, auf billigeren und schlechteren Fusel umzustellen. Der zum Teil in häuslichen Schwarzbrennereien hergestellt wird und dem staatlichen Handel dann nichts einbringt. Indessen hat das Preiskomitee erläutert, dass die Massnahme den Konsumrückgang bezweckt; da erübrigen sich ja Spekulationen über Profit und Profitausfall. ■

Gehälter in der Sowjetunion

Sowohl als Darstellung sowjetischer Einkommensverhältnisse als auch als Beispiel jugoslawischer Berichterstattung darüber ist der Beitrag interessant, den der Moskauer Tanjug-Korrespondent Branko Stosic über sowjetische Löhne geschrieben hat («Vjesnik», Zagreb, 10. 9. 1981). Vorausschicken möchten wir, dass der Rubel eine Kaufkraft von 2 bis 3 Franken hat und dass die Miete für den kleinen Wohnraum (9 m² pro Person) meist niedrig ist. Und nun die Zusammenfassung des jugoslawischen Berichtes:

Der Lebensstandard des Sowjetbürgers ist in den letzten zehn Jahren gestiegen, weil es mehr Waren zu kaufen gibt.

In der Sowjetunion, mit ihren 260 Millionen Einwohnern, zählt man heute 140 Millionen Personen mit einem Sparguthaben auf der Bank, dreimal mehr als vor 15 Jahren. 75 Prozent dieser Sparer wohnen in den Städten. Die Bauern ziehen es immer noch vor, ihr Geld im Haus zu wissen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres hat der monatliche Durchschnittslohn (für Arbeiter und Angestellte) 170 Rubel erreicht. Architekten, Ingenieure und Verkehrsbeamte verdienen durchschnittlich 200 Rubel pro Monat; in Sibirien und andern entlegenen Gebieten kommen sie mit den Zulagen auf 230 Rubel. Mehr als den Durchschnittslohn verdienen Arbeiter in der Industrie, Facharbeiter im allgemeinen, landwirtschaftliche Fachleute und wissenschaftliche Kader. Weniger als den Durchschnittslohn erhalten alle Arbeiter in der Landwirtschaft, das Gemeindepersonal und die Angestellten im allgemeinen: in der Lebensmittelbranche, im Gastgewerbe, im Gesundheitswesen, bei Banken und Versicherungen. Ebenso ergeht es den Lehrern, den Kunst- und Kulturschaffenden.

Ein Universitätsprofessor verdient 500 Rubel im Monat, ein Primarlehrer 100 Rubel.

Einen Rekordlohn haben die Seeleute. Ihr Durchschnitt liegt bei 232 Rubel pro Monat.

Leider sind keine Angaben über die Löhne der Offiziers- und Parteikader zu erhalten. Wahrscheinlich besteht da, entsprechend der Stellung in der Hierarchie, eine grosse Spannweite.

Im übrigen aber kommt es in in der Sowjetunion bekanntlich nicht nur auf den offiziellen Lohn an...

Weil dort fast jeder schaut, wie er «na lewo» zu Geld kommt, das heisst linkerhand: legal, halblegal oder illegal. Bei den Höhergestellten der Hierarchie kommt es freilich gar nicht mehr so sehr darauf an, wieviel Geld sie auf welche Weise verdienen (obwohl sie es auf jede Weise tun), weil sie kraft ihres Amtes alles billiger oder gar gratis kriegen. In der Sowjetunion besteht die Privilegierung nicht darin, dass man alles bezahlen kann, sondern darin, dass man für nichts zu bezahlen braucht. ■

Unsere Meinung

Reichsfriedenstag

Das Bedürfnis nach Grossaufmärschen muss tief in der deutschen Volksseele schlummern, wenn sich zweihunderttausend mit 33 Sonderzügen und 2300 Sonderbussen (wie der PdA-«Vorwärts» mit reindeutschen Bezeichnungen am 8. Oktober 1981 seinen wenigen Lesern bekanntgab) nach Bonn transportieren liessen, so wie sie sich vor 45 Jahren zu den Reichsparteitagen nach Nürnberg haben zusammenführen lassen.

Rund 800 Gruppen — von einem Generalstab im dunklen Hintergrund koordiniert — haben zu dieser «Friedensdemonstration» aufgerufen. Man hätte ihnen die Reinheit des Glaubens zugute halten können, wenn sie ihren Appell aus Anlass eines kriegerischen Ereignisses hätten erschallen lassen, beispielsweise beim sowjetischen militärischen Eingriff in Afghanistan. Oder wenn sie auch nur den Boykott der Moskauer Olympiade als Zeichen der Missbilligung des Krieges gegen Afghanistan unterstützt hätten.

Die «Grossoffensive der Friedenskräfte» («Vorwärts») richtet sich aber gegen «NATO-Rüstung und Mittelstreckenstationierung». Wohlverstanden, nicht gegen die bereits allüberall östlich der Elbe stationierten und gegen Westeuropa abschussbereiten nuklearen Mittelstreckenraketen der Sowjetunion, sondern gegen Mittelstreckenraketen, mit deren Bau in den USA demnächst erst begonnen werden soll und über deren allfällige Stationierung in Europa — als Verteidigung gegen die akute sowjetische Bedrohung — bisher weder verhandelt noch entschieden worden ist.

Die Behauptung der Friedenskämpfer, dass sie «auch» gegen die Aufrüstung der Warschauerpaktstaaten und gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen seien, wäre erheblich glaubwürdiger gewesen, wenn sie bei einer besonders bedrohlichen Massnahme des Ostblocks zum Ausdruck gebracht worden wäre, also anlässlich der sowjetischen Vor-Rüstung und nicht erst bei der Nach-Rüstung der NATO.

So, wie die 800 Organisationen die Grossdemonstration nun aufgezogen haben, knüpfen sie den Anschluss an jene, welche in den dreissiger Jahren Westeuropa auf Frieden trimmten, als «Antwort» auf Hitlers Kriegsvorbereitungen. mk

Der Kommentar

«Hindernis Sadat beseitigt»

Die Aussage, dass mit Sadat ein Hindernis aus dem Weg geräumt sei, ist leider nicht so verwunderlich.

Sie passt zu dem, was der annexionsfreudige libysche Terroristenprotektor Ghadafi, der syrische Diktator Assad und die PLO-Chefs triumphierend verkünden. Sie passt zu den Bestrebungen aller Leute, die im Nahen Osten den Krieg dem Frieden vorziehen. Und sie passt zum ruhigen Kalkül der Sowjetführung, welche den zionistischen Feind braucht, um die Araber feldmarschmässig ausgerüstet unter ihre Obhut zu bringen und gleichzeitig vom sowjetischen Krieg gegen die afghanische Moslembevölkerung abzulenken.

So passt die Aussage. Aber sie stammt vom französischen Aussenminister.

Für Claude Cheysson, den Chef der französischen Aussenpolitik, hat der «Tod» (wie vielleicht sogar in Paris erinnerlich, handelte es sich um eine Ermordung) von Sadat «ein Hindernis zur Annäherung innerhalb der arabischen Nation beseitigt». Und weil es «ohne Rückkehr Ägyptens in den Rahmen der arabischen Nation» auch keinen Frieden geben werde, sei Sadat eben auch ein Hindernis für den Frieden gewesen.

Ja. Genauso, wie das «internationale Judentum» schon in den dreissiger Jahren den Frieden bedrohte — laut Adolf Hitler.

Die Umkehrung der Tatsächlichkeiten, die Cheysson mit seiner Friedensbestimmung vorgenommen hat, verdient diesen Vergleich.

Sadat ist der Architekt des Friedens im Nahen Osten gewesen. Und ermordet hat man nicht

den Friedensverhinderer, sondern den Friedensstifter. Um den Sachverhalt umzukehren, braucht es Dialektik, braune Dialektik.

Und wie steht es mit der «arabischen Nation», in deren Schoss zurückzukehren Aussenminister Cheysson die Ägypter heisst, wie steht es mit ihr? Ägypten unter Sadat hat die arabische Nation verkörpert: in jenem Teil, der den Frieden will. Was Cheysson als arabische Nation zu definieren beliebt, ist — wenigstens wenn es nach dem Führerprinzip geht — der andere Teil von ihr. Der Teil, der den Frieden nicht will.

Die arabische Welt, die «arabische Nation», ist keine Einheit. Und es ist ihre Tragik, dass sie äusserliche Einigkeit so lange ausschliesslich in existentieller Feindschaft zum Judenstaat zu bekunden wusste. Als Sadat den Frieden mit Israel schloss, hat er, und auch das ist sein historisches Verdienst, gleichzeitig erhärtet, dass die Bereit-

schaft zum Vernichtungskrieg gegen den Judenstaat *kein* obligatorischer Bestandteil des Arabertums ist. Zu sagen, dass sich Ägypten damit von der arabischen Nation entfernt hat, ist zusätzlich noch eine Verleumdung der Araber.

Das andere Lager, das Cheysson mit den Arabern schlechthin «verwechselt», das ist das Lager von Diktatoren, die den Judenfeind brauchen, um Anhängerscharen wenigstens auf der Grundlage von «Sieg-Heil!» gegen die Juden zu mobilisieren. Und von Diktaturen, die — wie es sich trifft — grossteils unter der Protektion jener einzigen Supermacht stehen, die ihre «Friedenspolitik» mit Expansionskriegen betreibt, der Sowjetunion.

Cheysson hat vor kurzem dem sozialistischen Algerien die Grüsse des sozialistischen Frankreichs überbracht. Was also versteht er unter Sozialismus? cb

Polen vor Notstand

Führungswechsel und Führungskonzentration in Polen:

Das Regime muss seine Bereitschaft kund tun, es nun tatsächlich auf die Machtprobe ankommen zu lassen.

Die Ablösung von Kania entspricht seit langer Zeit dem Wunsch der Sowjets. Er hatte im Frühling dem sowjetisch gelenkten Putschversuch von Olszowski und Grabski widerstehen können; sein Versprechen aber, den Erneuerungsprozess zurückzunormalisieren, vermochte er nicht zu erfüllen.

In der Folge haben die Sowjetunion und das übrige Sowjetlager ihre Unzufriedenheit mit der polnischen Parteispitze immer deutlicher zum Ausdruck gebracht. Man warf ihr vor, die Feinde des Sozialismus gewähren zu lassen. In letzter Zeit war Kania in der Sowjetpresse praktisch schon zur Unperson geworden; man muss ihm seinen Rücktritt sehr massiv nahegelegt haben.

Jaruzelski, den man in den sowjetischen Medien seit kurzem relativ häufig positiv zitierte, hat seinerseits grünes Licht erhalten. Nicht weil er das Prinzip der ideologischen Orthodoxie am besten verkörpern würde, sondern einfach deshalb, weil man ihm am ehesten zutraut, Ordnung zu schaffen. Die «Dogmatiker» haben die Bevölkerung so wenig im Griff, dass Moskau nicht wieder auf sie setzen mag, jedenfalls so lange nicht, als die Lage noch der machtmässigen Bereinigung bedarf.

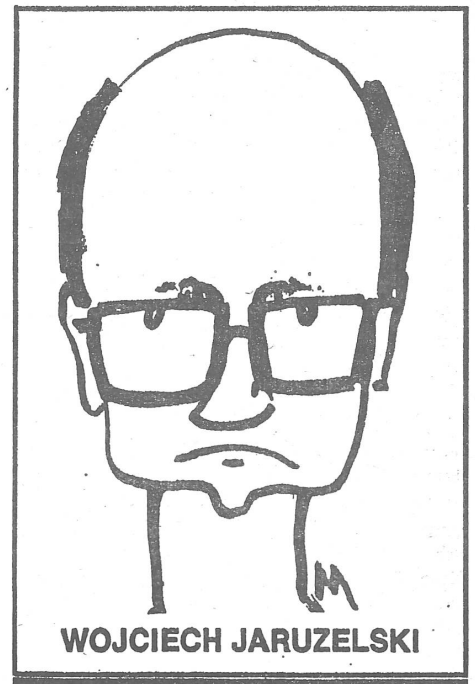
Jaruzelski kumuliert nun die Posten von Parteichef, Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Er hat schon zuvor mit Ausnahmezustand und Einsatz der Armee gedroht, falls die «Extremisten» in Solidarnosc ihr Treiben nicht einstellen sollten (siehe letzte Nummer). Er ist der Mann der Notstandsmassnahmen, dem man die patriotische Einsicht zumutet: Lieber machen wir es selbst, als dass es die Sowjets für uns tun.

Die Resolution, die das Zentralkomitee der

PVAP gleichzeitig mit der Ernennung von General Jaruzelski zum Parteichef verabschiedete, markiert ihrerseits ein Ultimatum an die Solidarnosc. Sie nimmt Streikverbote in Aussicht und droht mit dem Ausnahmezustand. Verhandlungen mit den Gewerkschaften werden nicht ausgeschlossen, aber sie sollen vor *diesem* Hintergrund stattfinden.

Es ist offenkundig, dass es der Parteispitze auf Befehl Moskaus heute um eine Revision der Danziger Abkommen vor einem Jahr geht. Der «Gesellschaftsvertrag», auf dessen Einhaltung die Gewerkschaften immer gedrängt haben, ist von den Sowjets schon längst als systemsprengend erkannt worden, und die Hoffnung der polnischen Parteiführung, ihn sozusagen «unbemerkt» aushöhlen zu können, hat sich nicht erfüllt; die Polen sind gebrannte Kinder und lassen sich nicht so leicht irreführen.

Ob sie sich einschüchtern lassen, das ist die unmittelbare Frage. Die Sowjets sind bereit, sich zu Hilfe rufen zu lassen. cb



In der nächsten Nummer

Unsere nächste Nummer erscheint am 4. November, an jenem Datum, an dem vor 25 Jahren die ungarische Revolution von den einmarschierenden Sowjettruppen niedergeschlagen wurde. Wir werden in Gastbeiträgen und Korrespondenzberichten auf den «ersten Krieg zwischen sozialistischen Staaten» zurückkommen, auf die heutige «Ueberwindung» der Thematik in Ungarn und auf die Unbehelflichkeit an sich hervorragender UNO-Dokumente.

Unser TV-Kommentar

Portugalow macht Polonistik

Nur ja keine Machtergreifung des Proletariats! Wie sich die sowjetischen und sowjetabhängigen Öffentlichkeitsbearbeiter gegen die Organisation der Arbeiterschaft in Polen wenden, haben wir im «ZeitBild» regelmässig gezeigt. Wie ein höheres sowjetisches Sprachrohr sich zuhänden eines ausländischen Publikums äussert, das haben die schweizerischen Fernsehzuschauer direkt verfolgen können, als am 8. Oktober in der Talk-Show von Heiner Gautschi ein deutschsprechender Sektionschef im sowjetischen Zentralkomitee zu Gäste war, Nikolaj Portugalow. Und tatsächlich bot er ein Paradebeispiel sowjetischer Desinformationsmethodik.

Das Reformprogramm der polnischen Gewerkschaften nannte Portugalow «illegal» und einen «Angriff auf die Prinzipien des Sozialismus». Es sei zu hoffen, dass der polnischen Regierung genug eigene Mittel zur Verfügung stünden, um die «Legalität wiederherzustellen» (das heisst um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen).

Portugalow hat sich warnend über die düstere Wirtschaftslage Polens ausgesprochen. Vergessen hat er dabei bloss die marxistische Frage nach der strukturellen Verursachung. Demzufolge hat er zur Wirtschaftsproblematik gerade die wichtigsten Tatbestände «übersehen»:

— Die in Polen zuständig sein sollende Partei hat überhaupt kein Alternativprogramm zur Wirtschaftssanierung ausgearbeitet. Ihre Aktivität auf diesem Gebiet beschränkt sich auf Preiserhöhungen und Suche nach neuen Auslandskrediten.

— Die Parteiführung ist nicht bloss momentan ins Schwimmen geraten, sondern chronisch lernunfähig. Krisen bis zur Notstandssituation hatte Polen schon in den Jahren 1956, 1968, 1970 und 1976, mehr oder weniger in gewaltsamen Formen. Die Partei hat es fertiggebracht (bis auf die später wieder zurückgenommene Entwicklung von 1956), daraus nichts zu lernen. Und Krisen hat man immer zu erwarten, solange die Töpfe leer sind. (Oekonomisches Sein bestimmt das Bewusstsein, lehrt uns ja der gute alte Marx. Da müssen doch Beschuldigungen gegen «imperialistische Umtriebe» usw. schon marxistisch betrachtet notgedrungen faule Ausreden sein.)



Portugalow war insofern konsequent, als er auch bezüglich der UdSSR selbst die Hauptsachen verschwieg, um gekonnt abzulenken.

Auf die Frage nach dem Versagen der sowjetischen Landwirtschaft sprach er von den gewaltigen Transportproblemen im weiten Land, von den klimatischen Schwankungen usw. Als das vorrevolutionäre Russland der Kornspeicher Europas war, musste es zur Lösung seiner Transportprobleme ohne die Technik von heute

auskommen, und das stets aktuelle Argument mit dem Wetter (wer chronisch zu spät kommt, kann einmal einem Verkehrszusammenbruch die Schuld geben, vielleicht auch zweimal, aber sicher nicht jedesmal) beantwortet die Frage nicht, warum der sowjetische Pro-Hektar-Ertrag auch auf den besten Böden und in den besten Jahren schlechter ist als in den «entwickelten kapitalistischen Ländern».

Bei andern Vergleichen weiss Portugalow freilich andere Ursachen als Witterungseinflüsse zu suggerieren: «Seit einem Jahr existiert Solidarnosc in Polen, und seither ist es dort noch schlimmer geworden.» Leider zählt diese Art von logischer Ueberlegung auch in westlichen Kreisen und Kreiskys. Nur dreht sich diese Schlussfolgerung am gesamten Gewinde der bestehenden Maschinerie vorbei.

Das einzige Wunder, das Solidarnosc in ihrer einjährigen Existenz vollbracht hat, ist ihre Existenz selber. Und sie konnte gar keine andern Wunder vollbringen, weil die vorgegebenen Strukturen sperren.

Die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse in Polen bleiben — wie die Macht überhaupt — das Monopol der Partei. Und dass sie (übrigens schon gemäss sowjetischem Befehl) trotz ihrer sachlichen Entscheidungsunfähigkeit an ihrem Monopol festhält, das ist es, was die Lage nur um so schlimmer macht. (Diese Einsicht bereitet komischerweise niemandem Mühe, wenn man sie auf verkorrrte Strukturen Lateinamerikas anwendet.) In Polen können die Gewerkschaften die nötigen Wirtschaftsreformen zwar fordern, aber sie können sie nicht in die Tat umsetzen. Es ist die Partei, die das verweigert. Mit guten Gründen. Denn der Weg der Krisenüberwindung führt über den Abbau des Machtmonopols, das die Partei als letzte Substanz verteidigen muss, die ihr geblieben ist. Sonst nämlich hat sie schlichtweg nichts zu bieten.

Den Machtanspruch der ungewählten Minderheit hält Portugalow für eine sozialistische Selbst-

verständlichkeit, seine Anfechtung für «Konterrevolution» und Rückkehr zum «Kapitalismus». Doch das Recht auf Selbstbestimmung bestreitet Portugalow den Polen auch mit einem historischen Argument: «Wir haben Polen vom Nazi-Joch befreit. Die Opfer dürfen nicht umsonst gewesen sein. Polen bleibt sozialistisch.»

Man mag andere Verbiegungen als Unerlässlichkeit der dialektischen Lüge wenigstens verstehen. Aber dieses Argument verpestet mit seinem braunen Gestank eigentlich jeglichen Dialog.

Die verbündeten Armeen zweier sozialistischer Einparteiensysteme sind 1939 gemeinsam über Polen hergefallen und haben es (samt weiterer Nachbarschaft) brüderlich aufgeteilt: Hitlerdeutschland und die Sowjetunion. Und die Sowjetunion hält bis heute an den geraubten Gebieten fest, die sie aufgrund der nationalsozialistischen «Neuordnung Europas» von Hitler gekriegt hat.

Dass ausgerechnet ein Sowjetvertreter ausgerechnet den Polen etwas vom Nazi-Joch erzählen darf, ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit, die hinzunehmen man sich nie angewöhnen dürfte, auch wenn sie noch so häufig wiederholt wird. In Polen ist die Sache schon klar: Die Befreiung vom Nazi-Joch ist das Thema, dessen tatsächengerechte Behandlung die Sowjets am meisten zu fürchten haben.



Im Verlauf des Gesprächs war Portugalow (zum Glück auffällig) bestrebt, seinen Partner möglichst keine Frage ausformulieren zu lassen. Dass Heiner Gautschi trotzdem weder die Geduld noch den Faden verlor, hat dazu beigetragen, dass Portugalows (natürlich mit routinierter Geschicklichkeit vorgebrachten) Ablenkungen als solche ihr Profil erhielten. Für die nötigen Eigenkenntnisse der Zuschauer ist bei dergleichen Uebungen kein Ersatz zu erbringen, aber die sichtbar gewordene Ausweichetaktik war schon per se ein gutes Lehrstück. **ddm/cb**

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name _____	Vorname _____
Strasse _____	PLZ, Ort _____
Datum _____	Unterschrift _____

Das Dokument

Protokoll einer Verhörsitzung

In der letzten Nummer haben wir in einem Bericht aus der Ukraine gezeigt, wie dort die Behörden unwillig dazu übergegangen sind, der orthodoxen Kirche ein bisschen mehr Spielraum zu lassen, weil sonst die Gläubigen zu Untergundkirchen abwandern. Es ist daher keineswegs unlogisch, dass die Unterdrückung anderer Glaubensgemeinschaften gleichzeitig zunimmt. Unser heutiges Dokument bezieht sich auf einen typischen Fall, bei dem «durchgegriffen» wurde.

Im Juli wurde Iwan Fedotow, Bischof einer Pfingstgemeinde, zu fünf Jahren Straflager strengen Regimes verurteilt. Von ihm stammen die Aufzeichnungen von einer «Sitzung», zu der man ihn am 24. März dieses Jahres vorgeladen hatte, zur Warnung. Schauplatz war das Sekretariat im Bezirksexekutivkomitee (staatliche Bezirksverwaltung) Malojaroslawez, Gebiet Kaluga. Den Bischof nahmen sich sieben Behördenvertreter vor. Drei davon sind nicht identifiziert, die andern erscheinen namentlich:

Lapin, Sekretär des Bezirksexekutivkomitees;

Sarapin, Vizevorsitzender des Bezirksexekutivkomitees;

Schapatko, Sekretär des Komsomol-Bezirkskomitees;

Ptscholkina, Polizeileutnant.

Hier das (von uns etwas gekürzte) Protokoll jener «ausserordentlichen Sitzung».

Sarapin: Warum öffnen Sie in letzter Zeit den Vertretern der Behörden in Ihren Versammlungen die Türen nicht?

Fedotow: Wir machen die Türen nicht mehr auf, nachdem sich die Kultbeamtin Raissa Iwanowna Batjuk rowdyhaft aufgeführt hat. Sie soll sich bei den Gläubigen entschuldigen, die sie mit Ausdrücken wie «ihr Hammel, ihr beschäftigt euch hier mit sexueller Unzucht» usw. beleidigt hat. Warum fotografieren Sie bei unsern Versammlungen alle einzeln?

Sarapin: Ihre Versammlungen sind illegal, und Sie haben nicht das Recht, sich ohne Erlaubnis der Machtorgane zu versammeln.

Fedotow: Das Recht auf friedliche Versammlung haben wir gemäss der Verfassung der UdSSR, und unsere Versammlung ist friedlich.

Ptscholkina: Es ist eine Zusammenrottung und keine Versammlung!

Fedotow: Erstens ist das eine Beleidigung der Gefühle Gläubiger; zweitens werden Zusammenrottungen nicht registriert, und das ist keine Zusammenrottung, sondern eine religiöse Versammlung. Ich bezeichne eure Komsomolversammlungen auch nicht als «Zusammenrottungen», sondern sage «Komsomolversammlung». Sie verletzen das Gesetz, indem Sie unseren Briefverkehr lesen und uns abhören. Wenn wir ein Haus verlassen, fahren Sie uns in Autos nach; Sie entlassen uns von der Arbeit.

Nicht identifizierter Teilnehmer: Sie haben einen Verfolgungswahn.

Fedotow: Was ich habe, sind Fakten und anonyme Briefe, in denen Sie mir den Tod androhen. Und übrigens leide ich vielleicht auch bereits an Verfolgungsbewusstsein; seit ich gläubig bin, hat man mich nämlich ununterbrochen verfolgt.

Zweimal habe ich eine Strafe abgesessen — 13 Jahre Lager und Gefängnisse, Karzer und Isolierzellen; in Freiheit endlose Vorladungen: vor den Staatsanwalt, auf den Polizeiposten, vor administrative Kommissionen ins Bezirksexekutivkomitee, Stellenentlassung nach Paragraph 33¹. Aber ich leide nicht an einem Wahn, denn ich kam ja zweimal vor Gericht und wurde zweimal im Serbskij-Institut psychiatrisch untersucht. Und beide Male lautete die Begutachtung auf «zurechnungsfähig».

Lapin: Warum besuchen Sie in letzter Zeit die Versammlungen nicht?

Fedotow: Das möchten Sie wohl wissen?! Ich weiss, dass Sie mich in der Versammlung greifen möchten, um mich hinter Gitter zu bringen, wie Sie den Presbyter W. G. Muraschkin² gegriffen und ins Verlies geworfen haben.

Alle sieben: Bei uns gibt es keine Verliese!

Fedotow: Natürlich sagen Sie, das gebe es nur in der kapitalistischen Welt; aber nein, das gibt es hier, und Muraschkin sitzt im Verlies!

Die Behördenvertreter: Nein, er ist in der Isolierzelle!

Nicht identifizierter Teilnehmer: Arbeiten Sie?

Fedotow: Ich? Nein.

Nicht identifizierter Teilnehmer: Warum nicht?

Fedotow: Weil man mich auf Weisung des KGB gemäss Paragraph 33 von der Stelle verjagt hat.

Sarapin: Machen Sie, dass Sie eine Arbeit antreten!

Fedotow: In der Stadt kennen mich alle als gute Arbeitskraft; aber Sie haben mir mit der Entlassung nach Paragraph 33 den guten Ruf «gestohlen».

Sarapin: Du willst also nicht arbeiten?

Fedotow: Doch! Ich bin arbeitswillig! Aber ich möchte dort arbeiten, von wo man mich gesetzwidrig entlassen hat, und ich möchte, dass man

sich für die gesetzwidrige Entlassung entschuldigt.

Sarapin: Wenn vier Monate um sind, stecken wir ihn als Nichtstuer ein.

Fedotow: Ich bin kein Nichtstuer! Ich habe 35 Jahre abgearbeitet. Ich bin auch jetzt bereit zu arbeiten. Warum haben Sie mich entlassen?!

Einer der sieben: Und Ihre Frau, arbeitet sie oder nicht?

Fedotow: Nein. (Und auf die Frage, warum:) Weil man sie auf Weisung des KGB «eingespart» hat. Nur für sie allein war in der Produktion kein Platz. Und das einzig deshalb, weil sie eine Gläubige ist.

Frage: Wovon leben Sie?

Fedotow: Wir leben von unserem kleinen Ersparten.

(Fast alle versuchten Fedotow den Gedanken nahezubringen, «das ganze Land» gehöre doch «uns», die Läden gehörten «uns», überhaupt «alles ist unser».)

Fedotow, mit Nachdruck: Vor der Verfassung haben wir das gleiche Recht, Kommunisten wie Gläubige.

Sarapin: Sie sagen oft, im Ausland seien die Gesetze gut, dort verfolge man die Gläubigen nicht. Stellen Sie doch ein Gesuch, und reisen Sie aus!

Fedotow: Weshalb soll ich meine Heimat verlassen: hier starb mein Grossvater, mein Vater, hier ist meine Heimat. Und auch die Gesetze sind auf meiner Seite! Bloss verletzt ihr sie willkürlich.

Einer der Anwesenden: Wenn ihr euch weiterhin versammelt, machen wir euch den Prozess. ■

¹ Artikel 33 der Arbeitsgesetzgebung regelt die Entlassung durch den Arbeitgeber. Sie wird im «Arbeitsbüchlein» des Beschäftigten eingetragen. Dieses Dokument ist eine Art ziviles Dienstbüchlein, das man bei einer Stellenbewerbung vorweisen muss. (Für die Dauer der Anstellung ist es auf der «Kaderabteilung» deponiert.) Ein negativer Eintrag wirkt sich bei der Arbeitssuche entsprechend aus.

² Jener Wladimir Muraschkin erhielt im gleichen Prozess vor dem Bezirksgericht Malojaroslawez am 28. 7. 1981 die Strafe von 5 Jahren Arbeitslager allgemeinen Regimes.



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt. Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen! Verlangen Sie bitte unsere Preisliste.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

CH-Rubrik

Eidgenössische Subventionen, die als Entwicklungshilfe deklariert sind, fördern statt dessen parteiliche Propaganda.

Anfang Oktober 1981 ist das Bundesbudget für 1982 veröffentlicht worden. Obschon darin die Ausgaben durch eine eigentliche «Roskur» gekürzt worden sein sollen, weist dieses ein Defizit von über einer Milliarde Franken auf. «Zu den Opfern dieser Roskur gehört unter anderem die öffentliche Entwicklungshilfe», heisst es dazu im offiziellen Bericht. Damit soll wohl dem Wohlstandsbürger ein schlechtes Gewissen suggeriert werden. Das braucht sich aber kein Steuerzahler zu machen, sind doch Zweifel am Sparwillen der Verwaltung und an der Zweckmässigkeit der öffentlichen Entwicklungshilfe angebracht, wie ein bekanntgewordener Fall zeigt.

Im August dieses Jahres hat das Bundesamt für Aussenwirtschaft der kaum bekannten Organisation Schweiz — 3. Welt (OS3) in Sonceboz einen Beitrag von Fr. 100 000.— (hunderttausend Franken!) gewährt «für die selektive Promotion von Jute-Artikeln».

Bei dieser OS3 handelt es sich um eine Einkaufsgenossenschaft, zu der sich 1977 die Hilfswerke Brot für Brüder, Fastenopfer, Arbeiterhilfswerk und Swissaid und eine Anzahl entwicklungspolitischer Gruppierungen wie Erklärung von Bern, Christlicher Friedensdienst, Dachverband der 3. Welt-Läden u. a. m. zusammengeschlossen haben.

Die OS3 will den Import und Vertrieb von Waren aus der Dritten Welt ohne die üblichen Handelsmethoden selektiv fördern. Von ZB schon behandelte Beispiele dafür sind die — von der Erklärung von Bern übernommenen — Aktionen «Ujamaa-Kaffee» (der pikanterweise aus einem von Nestlé geleiteten Betrieb in Tansania stammt) und «Jute statt Plastic» (die vor zwei Jahren wegen innenpolitischer Verwendung des Reingewinns Staub aufgewirbelt hat).

Das Genossenschaftskapital von Fr. 500 000.— ist im wesentlichen von den Hilfswerken beigesteuert worden, während die entwicklungspolitischen Organisationen mit je Fr. 5000.— daran beteiligt sind. Die OS3 hat 1979 bei einem Umsatz von Fr. 1 338 000.— einen Reingewinn von Fr. 80 000.— erzielt. Für 1980 ist ein Umsatz von 4,3 Millionen Franken bekanntgeworden (Gewinn?). Vom Reingewinn von 1979 gingen Fr. 35 000.— an einen Aktionsfonds für entwicklungspolitische Aktionen und Fr. 45 000.— an die sogenannten 3. Welt-Läden für deren weiteren Ausbau.

Zu den geförderten entwicklungspolitischen Aktionen dürfte das Symposium der Solidarität «Entwicklung heisst Befreiung» gehört haben, das Ende Mai 1981 in Bern stattfand und bei dem OS3 auf der Liste der Organisatoren stand. Die 3. Welt-Läden ihrerseits stellen gewissermassen den verlängerten Arm der OS3 dar, deren Waren sie absetzen.

Das Besondere an dieser alternativen Handelsform liegt darin, dass mit den Waren auch entwicklungspolitische und andere politische «Informationen» verbreitet werden, insbesondere über Mittelamerika und Südafrika, aber auch über die SPS-Bankeninitiative, Selbstverwaltung und dergleichen mehr sowie Propaganda gegen AKW und Multis; ferner liegen in den 3. Welt-Läden alternative Blätter auf wie etwa der «tell».

Zu diesem sehr einseitigen Informationsangebot passt, dass die Vereinigung der 3. Welt-Läden sich am sogenannten Solidaritätsfonds beteiligt, mit dem «Befreiungskämpfe» in der Dritten Welt unterstützt und in der Schweiz propagandistisch gerechtfertigt werden sollen.

Wie eine einfache Rechnung ergibt, macht der Reingewinn von Fr. 80 000.— 5,9% des Umsatzes aus; das entspricht ziemlich genau der Gewinnquote der schweizerischen Grossbanken. Wenn unter diesen Umständen die Eidgenossenschaft «für die selektive Promotion von Jute-Artikeln» noch eine Subvention von Fr. 100 000.— leistet, sind Zweifel berechtigt, ob in der Verwaltung wirklich alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind.

V. P.

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

	Schweiz	Ausland*
	Fr.	SFr./DM
Jahresabonnement	39.—	42.—
Einzelnummer	2.—	2.50
Jahresabonnement für Studenten, Lehrlinge und Schüler	25.—	28.—

* Luftpostzuschläge auf Anfrage

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,

Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller,

Ian Tickle, Saulo Herrero,

Dr. Chien-jen Chen, Dr. Bohdan Gorski

Korrespondenten

Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis

(Bern), Georg Bruderer (Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques

Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 8

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern

Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale Entwicklungen

SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)

SOI-Bilanz

(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)

Informationsdienst (Uebersicht über die

Presse kommunistischer Staaten)

Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung

Osteuropas)

Swiss Press Review and News Report

(Artikel für die Presse Asien und Afrika)

Revue de la Presse Sulsse - Informations -

Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)

Revista de la Prensa Suiza y Noticiero

(Artikel für die Presse Lateinamerika)

Nashrat as-Sahafa as-Swisseria

(Artikel für die arabische Presse)

Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI

Vortragsdienst

Buchhandlung

Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und

Meinungen)



Aargauische Vaterländische Vereinigung

Einladung zum öffentlichen Vortrag

in der Aula der HTL Brugg-Windisch

Mittwoch, den 28. Oktober 1981, 20 Uhr zum Thema

Der Vorstoß Moskaus zur Weltherrschaft

Referent

Hans Graf Huyn

deutscher Bundestagsabgeordneter, außenpolitischer Sprecher der CSU

Hans Graf Huyn ist zweifellos einer der besten Kenner des ideologisch-politischen Krieges der Gegenwart. Kaum jemand kann mit ähnlichen Detailkenntnissen nachweisen, wie die Sowjetunion ihren Anspruch auf die Weltherrschaft, Schritt für Schritt in die Tat umsetzt.

Der Vorstand



«Starschel»,
Sofia,
macht seine...



УЧЕБНИТЕ ЗАНЯТИЯ ЗАПОЧНАХА...

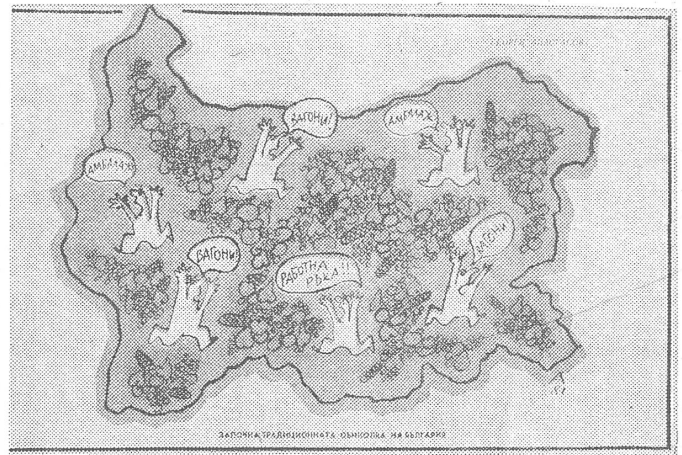
Jetzt helfen die Lehrer den Schülern wieder: «Die Schule hat angefangen.» (25. 9. 1981)



— ВЛИЗАЙТЕ, НО ДА ЗНАЕТЕ, ЧЕ МОЖЕТЕ ДА ИЗ ЛЕЗЕТЕ НАЙ-МАЛКО СЛЕД ПЕТ ГОДИНИ.

Am Eingang zum Verlag. «Ihr jungen Dichter, kommt nur herein. Bloss kommt Ihr vor fünf Jahren nicht heraus.» (2. 10. 1981)

Rundreise

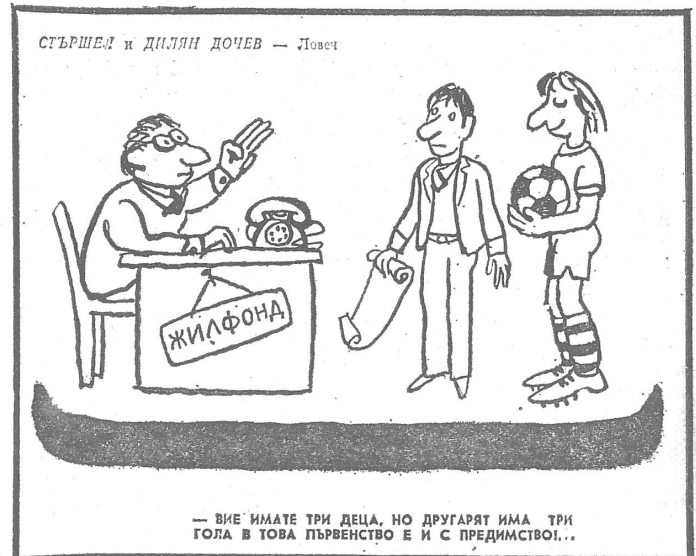


Erntezeit: «Beginn der traditionellen Rundreise durch Bulgarien.» (25. 9. 1981)
Überall ruft man Eisenbahnwaggons, Verpackungsmaterial und Arbeitskräften.



— ТИ МЕ СЪКРУШИ БЕ, ДАЙ ДА РАЗПИША...

Wenn der Bauer mit einem Gesuch zum Beamten kommt, bringt er ein paar Körbe Birnen mit, um die Sache richtig zu schmieren. «Du machst mich kaputt mit deiner Sache... na schön, ich unterschreibe.» (2. 10. 1981)



— ВИЕ ИМАТЕ ТРИ ДЕЦА, НО ДРУГАРЯТ ИМА ТРИ ГОЛА В ТОВА ПЪРВЕНСТВО Е И С ПРЕДИМСТВО!

Im Wohnungsamt: «Ja, ja, sie haben drei Kinder, aber der Genosse kriegt Vorrang: er hat in der Meisterschaft drei Tore geschossen.» (28. 8. 1981)